

# Danziger Zeitung.



Nr 10304.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserte lösen für die Petitzelle oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 20. April. Im Oberhause beantragte gestern Abend Lord Stratheden die Vorlage aller türkischen Decrete, Capitulationen und Conventions, welche England berechtigen, gegen die Missbräuche der türkischen Regierung und zu Gunsten der den Türken unterhängigen Slaven zu interveniren; er glaubt, der Krieg sei noch abwendbar. Graf Derby glaubt nicht, daß Österreich und Frankreich von England die Erfüllung des Pariser Vertrages verlangen. Im gesamten Europa sei die Ansicht derer, welche mit der diplomatischen Sachlage am besten vertraut sind, nicht eine solche, welche die sanguinären Hoffnungen auf Abwendung des Krieges rechtfertige. England wünsche nicht zu interveniren, es behalte sich vor, die englischen Rechte und die englischen Interessen zu schützen, falls es dieselben für bedroht hält. Lord Stratheden zieht darauf seinen Antrag zurück.

Bukarest, 20. April. Ein soeben erschienenes Decret des Fürsten befiehlt die Mobilisierung des stehenden Heeres und der Territorialarmee nebst ihren Reserven; auch die Milizen und die Bürgergarde werden aktivirt. Die Kammerm werden zum 26. April zu einer außerordentlichen Session einberufen.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Sara, 19. April. Die Miriditen haben einige bisher von ihnen besetzte Grenzpunkte aufgegeben, sich vor der türkischen Nebermacht in's Innere des Landes zurückgezogen. Dieselben erwarten die Zufuhr von Waffen aus Montenegro.

Brüssel, 19. April. Die hier auf Urlaub befindlichen und der hiesigen Kriegsschule überwiesenen rumänischen Offiziere haben von Bukarest aus den Befehl erhalten, sofort zu ihren heimischen Regimentern zurückzukehren.

Bukarest, 19. April. Die Kammerm sollen dem Vernehmen nach am 27. d. wieder zusammentreten.

## Reichstag.

Sitzung vom 19. April.

Das erste erledigt zunächst eine Reihe von Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. Hertling, v. Groote, Auer, Götting, Heckmann-Stenz, Borowski und Allnoch werden für gültig erklärt; die Wahlen der Abg. Eilenkohr und v. Graevenitz werden beanstandet und weitere Beweisabhandlungen über die in den Protesten angeführten Thatsachen verlangt. Beziiglich der Wahlen der Abg. Dr. Böhr (Cassel) und Dr. Mendel werden nähere Unterforschungen beantragt.

Es folgt ein Bericht der ersten Abteilung über die Prüfung der Wahlverhandlungen wahrgenommenen Verträge gege das Wahlrecht. Als häufig wiederkehrende und darum zu rügende Verleihungen gegen die einschlappenden gesetzlichen Bestimmungen sind insbesondere folgende hervorzuheben: 1. Bei vielen Wählerlisten war die Bescheinigung des Gemeindevorstandes darüber, daß und wie lange die Auslegung geschrieben, zu vermissen. 2. Die Berichtigungen der Wählerlisten sind öfters nur durch Streichungen und Einschreibungen ohne Angabe der Gründe am Rande der Liste bewirkt worden. Einige Wählerlisten waren gar nicht abgeschlossen, bei anderen war die für den Abschluß bestimmte Frist nicht innegehalten, hin und wieder sogar der Abschluß vor Beginn der Auslegung datirt. Das zweite Exemplar entbehrt oft auch der amtlichen Bescheinigung der Neberinstimmung mit dem Hauptexemplare. 3. Sehr häufig entbehren die Wählerlisten und die Gegenlisten der Unterschriften des Wahlvorstandes, oder sie tragen nur die Unterschriften der Wahlvorsteher, nicht auch die der Protokollführer und Weißger. 4. Ungültig erklärt Sitzungstext sind dem Protokolle nicht beigelegt, oder wenigstens nicht mit fortlaufenden Nummern verliehen worden, auch hat man zuweilen unterschlagen, die Gründe anzugeben, aus denen die Ungültigkeitserklärung erfolgt ist. — Das Haus beschließt den Reichskanzler zu erfordern, daß in geeigneter Weise auf Abstellung dieser Mängel hingewirkt werde.

Nach Erledigung einiger Petitionen folgt der Antrag des Abg. Krüger (Hadersleben) u. Gen.: „Der Reichstag wolle beflecken: den Reichskanzler anzu fordern und zu beauftragen, sofort Vorlebrungen dahin zu treffen, daß das durch den Art. V. des Prager Friedens den nördlichen Districten Schleswig's gewährte Recht der freien Abstimmung über die staatsrechtliche Angehörigkeit derselben baldigst verwirklicht werde. — Der Antragsteller motiviert seinen Antrag durch den Hinweis auf die Unsicherheit der Verhältnisse der Nordschleswiger in Bezug auf ihre endgültige staatliche Zugehörigkeit und auf die völkerrechtliche Verpflichtung Preußens und Deutschlands zur Ausführung des Art. V. — Abg. Wachs: Es könnte die Meinung entstehen, als ob dieser Antrag hente noch die Neberzeugung und allgemeine Stimmen der Nordschleswiger ausdrücke. Das ist entschieden nicht der Fall. Als Vertreter eines schleswigschen Wahlkreises, der zum Theil auch eine dänisch redende Bevölkerung besitzt, füllte ich mich berufen, ausdrücklich zu konstatieren, daß im Laufe der Zeit in den politischen Anschauungen der Bewohner Nordschleswigs sich eine Wandlung vollzogen hat, die den dänischen Agitatoren dort auf's Höchste unangenehm ist. Odne die nationalen Sympathien der Dänen würde der Widerstand der Nordschleswiger längst gebrochen sein, die dänischen Agitatoren wissen aber recht gut, daß dieser Art. V. die leiste Zustimmung und die leiste Etappe in ihrem agitatorischen Treiben ist, welches in der Bevölkerung Nordschleswigs tagtäglich immer mehr an Boden verliert. Meinem Landsmann Krüger aber gebe ich anheim, zu erwägen, ob er nicht den Interessen seines Heimatlandes mehr dienen würde, wenn er sich endlich einmal auf den Boden der Thatsachen stellen und mit der in den letzten Zügen liegenden dänischen Agitation offen und ehrlich brechen wollte. Wenn er aber diesem Rath nicht Folge leistet, so stehe ich gar nicht dafür ein, daß ich nicht einmal im Herbst im

demselben der Zwang zum Zeugnis zulässig ist, mit der Maßgabe Anwendung, daß die Haft nicht über die Zeit von 6 Wochen hinaus angeordnet werden kann. Wenn jedoch eine vorsätzliche Verleugnung der Pflicht zur Verschwiegenheit in Frage steht, können die Disciplinar kammer und der Disciplinarhof eine längere Haft anordnen, jedoch nicht über die Dauer von 6 Monaten hinaus.“

Generalpostmeister Stephan: In der Stellung,

welche die Regierung gegenüber dem Fall Kanteck zur Wahrung ihrer Autorität und der Disciplin eingetragen hat, blieb ihr mit Rücksicht auf die Wünsche des Reichstags nur dreierlei übrig: einmal, möglichst Milde dem Schulden zu versprechen, falls er sich selbst namhaft machen würde; zweitens, dem Redacteur an die Hand zu geben, auf ein Geständnis des Beamten hinzuwirken und drittens, die administrative Untersuchung mit größter Strenge und Sorgfalt durchzuführen, um den Schulden zu ermitteln. Das erste ist geschehen. Was die zweite Eventualität anlangt, so bat sich der Redacteur aus mir unbekreislichen Gründen geweigert, auf den Beamten eine Einwirkung zu üben (Beifall). Es gereicht mir deshalb nach viermonatlicher Austragung zur höchsten Freude, dem Hause mittheilen zu können, daß es endlich gelungen ist und zwar gestern (Samstag im Centrum), den schuldigen Beamten zu ermitteln. Ich begreife gar nicht, weshalb Sie dazu lachen. Es ist geschehen auf Grund von Mitteilungen aus Posen, die erst am 15. April eingelaufen sind. Ich füge hinzu, daß der Beamte bereits früher über denselben Gegenstand vernommen worden ist, aber kein Bekennnis abgelegt hat, daß er jetzt durch Beibringung von Nebenständen aus Posen her zum Geständnis gebracht worden ist. Es ist dadurch auch festgestellt, daß der Dr. Kanteck seine Mittheilung in der That nicht von dem Postbeamten selbst, sondern durch eine Mittelperson erhalten hat. Es ist nun das Disciplinarverfahren eingeleitet worden und ich bemerke, daß jetzt, nachdem 4 Monate voll Austragung hingegangen sind, und ich selbst drei Tage hinter einander den Telegraphen von hier nach Posen Tag und Nacht fast allein für mich in Beschlag genommen habe, um den Mann zu ermitteln, keine Milde walten wird. Dr. Kanteck ist schon gestern Abend entlassen worden. Ich glaube, daß diese Veränderung des Sachverhalts welches dem Antrage zur Voraussetzung diente, auch Einfluß auf den Antrag selbst haben wird.

Abg. Becker (Börlow): Wir freuen uns gewiß

alle, daß die Veranlassung des Gesetzentwurfes hinwegfallen ist. Über die Veranlassung war nicht der Grund des Gesetzes. Im Gegenteil, wir wollten nicht den einzelnen Fall treffen, sondern die Ursache; wir wollten eine Lücke unserer Gesetzgebung schließen die der Schließung schon bedarf. Und mehr bedarf wird, wenn die neuen Justiz-Gesetze in Kraft treten. Ich freue mich, daß unser Gesetzentwurf losgelöst von den Einwendungen, die jedes Einzelnen des Reichstages in einem einzelnen Fall notwendig zur Folge hat, rein objektiver Prüfung seiner inneren Zweckmäßigkeit unterliegen kann. (Sehr richtig!) Der Grund unseres Vorschlags liegt darin, daß das Reichsbeamtenrecht für das Disciplinarverfahren kein einheitliches Strafverfahren feststellen konnte. Eine der nicht ausgefüllten Lücken ist die Frage: ist eine Haft zur Erwirkung des Zeugnisses zulässig? Das Reichsbeamtenrecht sagt davon kein Wort und das Recht der Einzelstaaten ist in dieser Beziehung sehr mannigfaltig gestaltet. In manchen Staaten ist eine Zwangshaft zur Erzwingung des Zeugnisses nicht bekannt, sondern nur eine Strafe wegen Verweigerung desselben. Die Dauer der Zwangshaft ist verschieden, 4 Wochen, 2 Monate, selbst bis über 2 Jahre hinaus; in dem preußischen Gesetze bis dahin, daß eine Untersuchung geschlossen wird, oder der Tod das Leben des Verhafteten endet. Diese Verschiedenheit der Verhältnisse rief das Erstaunen des Reichstages hervor. Als nächster Weg zur Befreiung derselben empfahl sich eine Substitution der neuen Strafprozeßordnung an Stelle der einzelnen Landesgesetze. Der Ansicht, daß eine künftige Behandlung derartiger Fälle nach der neuen Strafprozeßordnung selbstverständlich wäre, tritt die andere Ansicht entgegen, daß die Strafprozeßordnung sich nur auf Handlungen beziehe, die vor die ordentlichen Gerichte gehören, nicht aber auf Disciplinarsachen. Nun kennt das Reichsdisciplinarrecht bei den Beamten nur ein einfaches Disciplinarverfahren ohne zu unterscheiden zwischen Leichtvergehen und schweren Verbrechen. Wir hielten für die gewöhnlichen leichten Disciplinarvergehen die Haft bis zu sechs Wochen für vermeidbar Zeugnispflichtlich für ausreichend, nur bei Verleugnung der Amtsverschwiegenheit haben wir nach Analogie der Vergabe das Strafmaß bis zu sechs Monat ausgedehnt. Jedoch hat die Entscheidung im letzteren Falle das mit sieben Richtern besetzte Disciplinargericht. Ferner haben wir vorbeugen wollen, daß nicht wie bei dem Fall Kanteck der Zeugniszwang im Vorverfahren, wo noch keine Person vorhanden ist, gegen welche die Disciplinaruntersuchung gerichtet werden soll, angewendet werden kann, wodurch eine Collusion zwischen Zeugnispflicht und Recusationsrecht hervorgerufen werden könnte. Denken Sie den Fall, der Hr. Krüger sei ein Verwandter des Thäters, des Reichsbeamten. Will der Mann von seinem Rechte, gegen diesen Verwandten kein Zeugnis abzulegen, Gebrauch machen, so muß er diesen Grund nennen und wirft damit bereits auf seinen Verwandten den Verdacht, in dem er ihn nicht bringen will. Indem wir ihn so in diese Zwangslage setzen, schaffen wir eine Tortur ganz ungewöhnlicher Art (Sehr wahr!), und gerade diese Tortur ist es, die uns dazu genötigt hat, hier den Einzelrichter herauszuwerfen und Sie zu bitten, nur das Gesamtgericht über die Frage entscheiden zu lassen, welches alle Umstände des Falles ganz besonders zu berücksichtigen hat.

Unterstaatssekretär Friedberg: Ich kann den Antrag nicht zur Annahme empfehlen, denn es bleibt der Vorwurf bestehen, daß Sie aus einem großen gegliederten Gesetz einige wenige Bestimmungen herausgegriffen haben, weil Sie dafür erachten, daß solche dem Lande nicht frisch genug gegeben werden können. Ein derartiges Herausgreifen ist ein vollständig verfrühtes; die Gesetzgebung verliert dadurch ihren ruhigen Gang und gerät in turbulenten Schwanken.

Abg. v. Goslar bittet, den vorgelegten Gesetzentwurf abzulehnen. Die Notwendigkeit, eine Vielzahl des Reichsbeamtenrechtes auszufüllen, sei auch von der Regierung anerkannt worden. Wenn man dieses Gebiet betrete, so dürfe man sich nicht blos auf die Festsetzung

der Dauer der Haft beschränken, sondern die Sache vollständig regeln.

Abg. Kloß: Man muß doch zunächst die Frage stellen, ob ein solcher Notstand vorhanden ist, welcher ein Notgebot notwendig macht, und diese muß ich entschieden bejahen. Der Postbeamte, gegen welchen in dem Fall Kanteck die Disciplinaruntersuchung gerichtet war, unterstand dem Reichsbeamtenrecht. Allerdings kann nach demselben der Zeugniszwang unter Umständen angewendet werden, aber nicht in dem Stadium des Verfahrens, wo er gegen den Redacteur Kanteck angewendet worden ist, als noch gar keine Person vorhanden war, gegen welche die Disciplinaruntersuchung gerichtet war. Zur Anwendung des Zeugniszwanges ist nach demselben Gesetz auch nur der Disciplinarhof berechtigt, keinesfalls ein einzelner Beamter, wie in diesem Falle der requirirende Oberpostdirektor. Der Richter hätte mit Zug diese Requisition als ungültig zurückweisen können, keineswegs durfte er von derselben die Dauer der Haft Kanteck's abhängig machen. Über diese Frage hätte ich gern eine Entscheidung unseres höchsten Gerichtshofes gehabt. Die Angelegenheit greift aber auch in die ganze Strafgesetzgebung ein. Nach allen Strafgesetzen hat der Hr. Geheimrat ein Recusationsrecht bei nahen Verwandten. Wie soll ohne dieses Recht verhaut zu werden zum Zeugnis gegen eine Person gewonnen werden, welche noch gar nicht existiert. Ich beantrage, die Vorlage zur Verbesserung an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Knapp (Vertreter des 4. württembergischen Wahlkreises und Mitglied der deutschen Reichspartei) bezweifelt, daß sich der Redacteur Kanteck durch Verzögerung der Ermittelung eines pflichtvergessenen Postbeamten zum Märtyrer für eine gute Sache gemacht hat. Denn dieser Beamte hat seinen Dienst verletzt. Nehmen Sie es dann nicht leicht; (Murren!) Ich bitte Sie, keine Gelegenheitsgesetze zu machen. Hierauf vertagt das Haus die weitere Debatte bis Freitag.

Danzig, 20. April.

Im Reichstag wiederholte gestern der Abg. Krüger-Haderleben seine bekannte Rede über Art. 5 des Prager Friedens. Dieselbe lief diesmal in einen förmlichen Antrag aus, welchem einige Polen und Elsässer Protestler die erforderliche Unterstützung haben angeleihen lassen. Nachdem der Antragsteller seine Rede in großertheils unverständlicher Weise verlesen, wiesen die schleswig-holsteinischen Abg. Wachs und Hirschius nach, wie die Nichtausführung des Art. 5 durch die maßlosen Forderungen Dänemarks verschuldet sei. Momentlich der letzte Abgeordnete, im Wahlkreis Flensburg-Apenrade gewählt, konnte sich selbst als lebenden Beweis dafür ansführen, daß die Mehrheit der Bevölkerung in diesem gleichfalls von Dänemark reklamierten Landesteile durchaus nicht der Ansicht des Hrn. Krüger sei. Der Abg. Hänel bezeichnete den Art. 5 des Prager Friedens nach den geschilderten Vorgängen als vollkommen hinfällig. Außerdem konnte auch das Argument, Preußen werde sich durch die Ausführung des Artikels einen Freund erwerben, nicht maßgebend sein; denn eine vollständige Befriedigung der dänischen Ansprüche sei schlechterdings unmöglich. Eine seltsame Meinungsverschiedenheit gegenüber dem Krüger'schen Antrage zeigte sich im Centrum. Der Abgeordnete Windthorst erklärte, aus Opportunitätsgründen gegen den Antrag zu stimmen; dagegen stimmte der Abg. Schröder-Lippstadt, ebenfalls aus Zweckmäßigkeitrücksichten, für den Antrag. Vom Bundesräthätsche gab Staatssekretär v. Bülow die Erklärung, daß die Regierung nach wie vor an ihrem bisherigen Standpunkt festhalte, nach welchem sie bekanntlich der dänisch redenden Bevölkerung Schleswig's ein aus Art. 5 herzuleitendes Recht überhaupt nicht zuerkennen. Nach einem erregten regte die Worte des Antragstellers wurde der Antrag mit sehr großer Majorität verworfen.

Die Discussion über die weiterhin auf der Tagesordnung stehenden, den Fall Kanteck betreffenden, Anträge wurde vom Generalpostmeister mit der Mittheilung der erfolgten Erledigung dieser Angelegenheit eingeleitet. Wenn derselbe aber die Ansicht aussprach, daß damit auch die vorliegenden Anträge erledigt seien, so konnte dies zum mindesten betreffs des vom Abg. Lasker beantragten Notgesetzes über den Zeugniszwang nicht zutreffen. Vielmehr betonte der Antragsteller es könne seinem Antrage, den er näher begründete, nur zum Vortheile gereichen, daß er von dem einzigen Falle losgelöst sei. Dies gab auch der Unterstaatssekretär Dr. Friedberg zu, erklärte sich aber wegen des organischen Zusammenhangs mit anderen Bestimmungen der Strafprozeßordnung und des Reichsbeamtenrechtes gegen den Antrag zu stimmen; dagegen stimmte der Abg. Schröder-Lippstadt, ebenfalls aus Zweckmäßigkeitrücksichten, für den Antrag. Vom Bundesräthätsche gab Staatssekretär v. Bülow die Erklärung, daß die Regierung nach wie vor an ihrem bisherigen Standpunkt festhalte, nach welchem sie bekanntlich der dänisch redenden Bevölkerung Schleswig's ein aus Art. 5 herzuleitendes Recht überhaupt nicht zuerkennen. Nach einem erregten regte die Worte des Antragstellers wurde der Antrag mit sehr großer Majorität verworfen.

Die Discussion über die weiterhin auf der Tagesordnung stehenden, den Fall Kanteck betreffenden, Anträge wurde vom Generalpostmeister mit der Mittheilung der erfolgten Erledigung dieser Angelegenheit eingeleitet. Wenn derselbe aber die Ansicht aussprach, daß damit auch die vorliegenden Anträge erledigt seien, so konnte dies zum mindesten betreffs des vom Abg. Lasker beantragten Notgesetzes über den Zeugniszwang nicht zutreffen. Vielmehr betonte der Antragsteller es könne seinem Antrage, den er näher begründete, nur zum Vortheile gereichen, daß er von dem einzigen Falle losgelöst sei. Dies gab auch der Unterstaatssekretär Dr. Friedberg zu, erklärte sich aber wegen des organischen Zusammenhangs mit anderen Bestimmungen der Strafprozeßordnung und des Reichsbeamtenrechtes gegen den Antrag zu stimmen; dagegen stimmte der Abg. Schröder-Lippstadt, ebenfalls aus Zweckmäßigkeitrücksichten, für den Antrag. Vom Bundesräthätsche gab Staatssekretär v. Bülow die Erklärung, daß die Regierung nach wie vor an ihrem bisherigen Standpunkt festhalte, nach welchem sie bekanntlich der dänisch redenden Bevölkerung Schleswig's ein aus Art. 5 herzuleitendes Recht überhaupt nicht zuerkennen. Nach einem erregten regte die Worte des Antragstellers wurde der Antrag mit sehr großer Majorität verworfen.

uns eingeführt wird. Eng-  
(ebenso Belgien), woher wir unser  
am großen Theile beziehen, kennt  
jene angebliche Ausfuhrprämie gar nicht, es steht  
in Bezug auf Eisen schon seit lange auf demselben  
freihändlerischen Standpunkte, den wir erst seit  
Anfang dieses Jahres einnehmen. Trotzdem sollen  
wir gewinnen werden, entweder uns das Eisen  
aus dem freihändlerischen England durch den  
angeblich um Frankreichs willen einzuführenden  
Zoll zu verheuern, oder die teuren Frachten für  
westfälisches oder oberschlesisches Eisen zu bezahlen.  
Wir würden noch gern für kurze Zeit die Last  
um unserer westlichen Industriellen willigen tragen,  
wenn irgend Aussicht vorhanden wäre, daß durch  
den „Kampf“ Frankreich seine „titres“ fallen  
lassen müßte. Dazu ist aber ganz und gar keine  
Aussicht, die Eisenausfuhr nach Deutschland bildet  
einen verhältnismäßig so geringen Bruchteil des  
französischen Exports, daß sie die gewünschte Maß-  
regel gar nicht bewirken kann.

Über die geschäftliche Behandlung des Eisen-  
zollgesetzes herrschen im Reichstag noch Meinungs-  
verschiedenheiten. Vielfach wird gewünscht, es in  
eine Commission zu verweisen. Auf der andern  
Seite wünscht man auch Erledigung im Plenum  
und zwar sind diese beiden Meinungen durchaus  
nicht nach dem Gegensatz von mehr oder weniger  
freihändlerischer Richtung geschieden. Die Stim-  
mung im Reichstage dem Entwurf gegenüber  
ist eine völlig schwankende, so daß man sagen  
kann, der Sieg wird der Seite der Rücksichten ver-  
bleiben. Für uns sind demnach die Aussichten  
keineswegs glänzend. Die über die Stimmung  
im Reichstage gut unterrichtete „B. A. C.“ sagt:  
„Wenn es sich lediglich um die Frage handelt,  
ob ein Schutzoll für Eisen neu einzuführen  
sei, so würde sich auch im gegenwärtigen Reichstage  
wohl eine entschiedene Majorität dagegen aus-  
sprechen. Aber gerade die „schwache Seite“ der  
vom Bundesrat zu erwartenden neuen Vorlage  
über die Eisenzölle ist geeignet, ihr im Reichstage  
Stimmen zuzuwenden, welche sich einer offenen  
Rückkehr zur Schutzollpolitik nicht anschließen  
würden, indem diese in der Zustimmung zu einer  
solchen Vorlage, welche die Eisenzölle nur als  
Retorsionsmaßregel wieder einführt, mehr eine  
Bezeugung ihres guten Willens, der Regierung  
in ihrer Handels- und Zollpolitik dem Auslande  
gegenüber eine Unterstützung angedeihen zu lassen,  
als ein Bekanntnis zum Schutzoll erblicken.  
So entsteht eine schwankende Stimmung, bei welcher  
die Berechnung der Majorität nicht möglich ist.  
Uns scheint es verkehrt zu sein, daß während man  
über einen Handelsvertrag, der einen Tarif an  
sich enthalten soll, verhandelt, eine einzelne, aber  
sehr wichtige Position aus dem Tarif heraus-  
gegriffen und autonom behandelt wird; die Aus-  
sichten für das Zustandekommen eines neuen Handels-  
vertrages mit Österreich-Ungarn scheinen uns  
durchaus gerade nicht verbessert zu werden. Wir  
erwähnen zum Schlusse eines Gerüchtes, welches  
zur Zeit verbreitet wird und das nicht ganz ohne  
Anhalt zu sein scheint; nach diesem Gerüchte soll  
vorwiegend die Meinung bestehen, es würde mit  
Österreich-Ungarn überhaupt nicht zum Abschluß  
eines Tarifvertrages kommen, sondern der Tarif  
für Eisen sei autonom behandelt werden.“

Die Abgeordneten, welche in die Commission  
für die zur Gewerbeordnung gestellten Anträge  
eintreten, werden einer gewissen Aufopferungs-  
fähigkeit bedürfen, um ans Werk zu gehen. In  
den den Commissionarbeiten zur Verfügung  
stehenden wenigen Wochen wird es überaus  
schwierig sein, zu einem greifbaren Resultat zu  
kommen. Vielleicht hätte es näher gelegen, das  
gesammelte in den letzten Tagen verhandelte Material,  
mit Ausnahme des Antrags Galen, der Regierung  
für die Vorarbeiten zu dem von ihr angekündigten  
Gesetzentwurf zu überweisen. Andererseits aber  
hatte es seine Bedenken, diesen Weg einzuschlagen  
und damit auf eine bestimmte Stellungnahme zu  
den betreffenden Fragen zu verzichten. Trotz aller  
Schwierigkeiten wird man auch die Hoffnung noch  
nicht aufgeben dürfen, daß die Vereinbarung einer  
Resolution gelingen werde, welcher die Mehrheit  
des Plenums gesichert ist.

Die Budgetcommission des Reichstages  
hat gestern ihre Arbeiten abgeschlossen. Wir  
bringen in nächster Nummer einen eingehenden  
Bericht über die letzten Sitzungen. Das Haupt-  
Ergebnis der Berathungen ist, daß die im Etats-  
Entwurf enthaltene Ziffer der Matricular-  
beiträge etwa um 17 000 000 Mark herab-  
gemindert worden ist, und zwar ist dieses  
Ergebnis auf den Grundlagen erzielt worden,  
welche schon bei der ersten Berathung des Etats  
in Aussicht genommen waren; durch Übertragung  
der Invalidenpensionen vom Militäretat auf den  
Reichsinvalidenfonds, durch die Einstellung ver-  
schiedener Zinsentitäten in die Einnahmen und  
durch die Zurückstellung von Ausgaben bei ver-  
schiedenen Departements, namentlich bei der  
Marine. Es bedeutet dieses nicht etwa eine  
wirkliche Erparnis, sondern nur eine Hinaus-  
schiebung von Ausgaben auf spätere Zeit. Es  
findt bei diesen Vorschlägen der Budgetcommission  
durchweg richtige wirtschaftliche Grundsätze ein-  
gehalten und alle Vorschläge zurückgewiesen worden,  
welche die unwirtschaftliche Einstellung von  
Aktivis in die Einnahmen beabsichtigten. Das  
Kasernierungsgesetz kommt in dieser Session  
nicht zu Stande. Der Kasernenbau wird dadurch  
kein Hemmnis erfahren, indem damit auf Grund  
der einmaligen Bewilligungen im Etat vorge-  
gangen werden kann. Bei einiger Anspannung der  
Kräfte ist die Möglichkeit noch nicht ausgeschlossen,  
die Session in der ersten Woche des Mai schließen  
zu können, da, wie sich herausstellt, nur noch das  
Gesetz zur Verhinderung von Seefällen und  
das Patentgesetz Anziehungskraft genug besitzen,  
um nach der Feststellung des Reichshaushaltsetats  
den Reichstag noch in beschlußfähiger Anzahl zu-  
sammen zu halten.

Der Telegraph ist so geprägt über Alles,  
was die Herren im englischen Parlament über  
die orientalische Frage sprechen, und doch ver-  
kündern diese Reden auf den Gang der Dinge kaum  
etwas Neues, auch werden sie auf den Gang der  
Dinge schwerlich einen Einfluß ausüben. Denn  
man weiß in Russland ebenso den Werth der gro-  
ßen englischen Worte zu taxiren, als bei uns.

Die „Times“ ist ziemlich kleinmütig; sie  
meint, wenn es zum Kriege komme, bliebe Europa

Nichts übrig, als den Kaiser von Russland an  
seine in Livadia gesprochenen Worte zu erinnern.  
Es würde Europa beruhigen, wenn der Kaiser in  
dem Kriegsmanifeste das Versprechen, den türki-  
schen Boden wieder verlassen zu wollen, sobald die  
Lage der christlichen Unterthanen gebessert und die  
Ordnung wieder hergestellt sei, förmlich wieder-  
holen wollte.

Ein Berliner Brief der „Pol. Corr.“ deutet  
an, daß Englands letztes Wort nicht in einer  
Brüderlichkeit Russlands, sondern in einer  
„Parallel-Occupation“ bestehen könnte. Eine  
solche, würde auch Russland auf die „Occupation“ be-  
kräften, und die Türkei würde es sich vielleicht  
überlegen, ob sie dann Russland, England und  
noch anderen Mächten gleichzeitig Widerstand leisten  
oder ihre Heere zurückrufen will, es den christlichen  
Mächten überlassend, in den von türkischen Truppen  
geräumten Provinzen unter Anerkennung der  
Autorität des Sultans das Programm der Note  
des Grafen Andrassy auszuführen.“ Wind!

Mit großer Ungebühr und Spannung wird  
jetzt allgemein die Runde vom Überschreiten des  
Pruth durch die Spalten des russischen Heeres er-  
wartet. Auf allzu große Ereignisse zwischen Pruth  
und Donau wird man sich kaum gefaßt machen  
dürfen und die europäischen Zeitungsleger haben  
schwerlich eine orientalische Wiederholung der Tag-  
von Wörth, Gravelotte und Sedan zu erwarten.  
Wenn nicht alle Voraußerschätzungen trügen, wird  
die russische Offensive sich zuerst in Asien  
höchstbar machen, wo der militärische Erfolg  
für die Kaukasus-Armee ungleich leichter und  
— in Unbetracht der Lage der Dinge in Asien  
— auch ungleich notwendiger ist. Die  
Türken werden sich ihrerseits auf große Ent-  
scheidungsschlachten, bei denen sie Gefahr laufen,  
von der Übermacht erdrückt zu werden, kaum ein-  
lassen, sondern sich mehr darauf verlegen, die  
russischen Heere von ihren strategischen Zielen  
möglichst abzuziehen, ihre Kräfte dadurch zu  
zerplättern und die rückwärtigen Verbindungen zu  
erschüttern. Das Feldherrnhant der russischen  
Heerführer wird sich voraussichtlich weniger darin  
zu bewahren haben, große Feldschlachten zu leiten  
und zu gewinnen, als die türkischen Heere zum  
Schlagen, und zwar zum Schlagen an denjenigen  
Stellen zu zwingen, wo es der russischen Armee  
gegenüber eine Unterstüzung angedeihen zu lassen,  
als ein Bekanntnis zum Schutzoll erblicken.

#### Deutschland.

N. Berlin, 19. April. In den Motiven  
zu der dem Reichstage zugegangenen Aus-  
gleichsabgaben-Vorlage heißt es: „Die  
Nachtheile, welche für die deutsche Eisenindustrie  
aus der in Frankreich bestehenden Einrichtung auf  
dem heimischen wie auf dem Weltmarkt erwachsen,  
sind in den Motiven zu dem im vorigen Jahre  
vorgelegten Gesetzentwurf dargelegt worden. Es  
mag hier wiederholt darauf hingewiesen werden,  
daß nach dieser Einrichtung der französische  
Industrie, welcher Fabrikate aus Roheisen oder  
Stahl ausführt, gleichviel, ob diese Gegenstände  
aus inländischem oder ausländischem Material an-  
gefertigt sind, von der Verwaltung einen Schein  
erhält, welcher ihn zur zollfreien Einführung einer  
der ausgeführten Gemütsmengen entsprechenden  
Menge Roheisen u. s. w. ermächtigt, und den ex-  
tremsten Gewaltmaßnahmen verfügen kann. Solche  
die betreffenden Eisenarten vom Auslaufe be-  
ziehen wollen. In dem Preise des acquit-a-caution  
empfängt daher der Fabrikant, welcher zur Her-  
stellung der ausgeführten Fabrikate einheimisches  
Eisen verwendet hat, tatsächlich eine Ausfuhr-  
prämie, welche ihn in dem Stand setzt, den  
Preis für eine Lieferung nach dem Auslaufe ent-  
spricht niedriger zu stellen. Die verbündeten  
Regierungen glauben unter diesen Umständen, auf  
die im vorigen Jahre vorgeschlagene Maßregel,  
soweit es sich dabei um Eisen und Eisenfabrikate  
handelt, zurückkommen zu sollen. Den Bedenken  
gegenüber, welche im Schooße des Reichstags und  
der Commission gegen die im vorigen Jahre von  
den verbündeten Regierungen beantragte allge-  
meine Ermächtigung laut geworden sind, sind in  
dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf die Artikel,  
welche mit einer Ausgleichsabgabe belegt werden  
sollen, sowie die Höhe der Abgabe bestimmt be-  
zeichnet. Der Zucker wird in dem vorliegenden  
Gesetzentwurf nicht berührt. Zwar bestehen that-  
sächlich Exportprämien auch für Zucker in mehreren  
Nachbarstaaten Deutschlands fort. Es kommt in-  
des, abgesehen von der im Allgemeinen nicht un-  
günstigen Conjectur für Zucker, in Betracht, daß  
fürzlich zwischen den Commissarien von England,  
Frankreich, Belgien und Holland eine neue  
Convention geschlossen ist, welche, wenn sie  
zur Ausführung gelangt, geeignet erscheint,  
die Befreiung der Ausfuhrprämien für Zucker in den lebendigsten drei Staaten herbeizuführen.  
Es darf ferner erwartet werden, daß in  
Österreich auf die Abstellung der bestehenden Mif-  
bräuche Bedacht genommen werden wird.“ — Im  
Einzelnen wird bewertet: Zu § 1 des Entwurfs. Die  
Erhebung der Ausgleichsabgabe soll auf die-  
jenigen Artikel beschränkt werden, bei welchen der  
nachtheilige Einfluß der titres d'acquits-a-caution  
sich in einer für die heimische Industrie empfund-  
lichen Weise geltend macht. Von diesem Gesichtspunkte  
aus ist die Erhebung einer Ausgleichsabgabe  
für einen Theil der in Pos. 6 b. des Zolltarifs  
genannten Gegenstände, ferner für Locomoti-  
ven, Tender und Dampfkessel, für Maschinen,  
insofern sie dem Gewichte nach überwiegend be-  
stehen aus Gußeisen, Schmiedeeisen oder Stahl  
und für Eisenbahn-Fahrzeuge weder mit Ledern  
noch mit Polsterarbeit nicht in Aussicht genommen  
Die Einfuhr der oben bezeichneten Gegenstände mit  
acquits-a-caution aus Frankreich ist von verhältnis-  
mäßig geringer Bedeutung. Für die Höhe der  
Ausgleichsabgabe mußte der durchschnittliche  
Betrag der in Frankreich bei der Ausfuhr  
von Eisenwaren und Fabrikaten aus  
Buddingsrohreien mittels der titres d'acquits-  
a-caution gewährten Ausfuhr-Prämien be-  
stimmt sein. Der französische Eingangsoll für  
Gießerei-Roheisen und Buddingsrohreien beträgt  
von der Tonne 20 Frs., vom Zollcentner also  
80 Pf. — Zu § 3. Es würde zu einer unstatthaften  
Anomalie führen, wenn die Locomotiven, Maschinen  
und Eisenbahn-Fahrzeuge von der Ausgleichs-  
abgabe frei blieben, die zu deren Herstellung vom  
Auslande zu beziehenden Materialien und Maschinen-  
theile dagegen mit der Abgabe belegt werden

sollten. Um einem solchen Missstande vorzubeugen,  
erscheint es geboten, die zur Herstellung von  
Locomotiven &c. eingehenden Materialien &c. unter  
geeigneten Controllen abzugeben zu lassen. —  
Zu § 4. Dem Zwecke des Gesetzes entspricht es,  
die Ausgleichsabgabe durch eine mit Zustim-  
mung des Bundesrates zu erlassende kaiserliche  
Verordnung wieder zu befeitigen, sobald die Gründe,  
welche zur Einführung der Abgabe Anlaß gegeben  
haben, in Wegfall gekommen sind.“

\* Seitens der Marinewerwaltung wird dem  
Reichstage vor der dritten Lesung des Etats eine  
ausführliche Denkschrift vorgelegt werden, welche  
der Vorschlag des Ankaufs des Transport-  
dampfers zu oceanischen Reisen in finanzieller  
Hinsicht näher begründet.

Das „Frankfurter Journal“ schreibt von  
einem „Conflict“, der im rheinischen Pro-  
vinzial-Landtag auszubrechen drohe. Es ist  
der Antrag gestellt worden, dem Kaiser bei seiner  
Anwesenheit in Düsseldorf bei Gelegenheit des  
Hofstaats am 7. Armee-corps größere Fest-  
lichkeiten von Seiten der Provinzialsfonds zu be-  
reiten und zu diesem Zweck eine namhafte Summe  
aus Provinzialsfonds zu bewilligen. Gegen diesen  
Antrag aber haben sich zahlreiche Mitglieder der  
ultramontanen Ritterschaft, an ihrer Spitze der  
Graf v. Schaumberg zu Kriedel, erhoben und  
machen große Anstrengungen, die Annahme dieses  
Antrages zu verhindern. Die „Schlechten Ge-  
schäfte“ dienen zum Vorwand, der wahre Grund  
der ablehnenden Haltung dürfte im „Culturkampf“  
zu suchen sein.

Zur Angelegenheit Kanteki berichtet die  
„N. A. C.“, daß als Schuldiger der Postagent  
v. W. in D. ermittelt worden ist, und der katholische  
Propst in D. die Verfügung der Bromberger Ober-  
postdirektion an den „Kuryer Poznanski“ ge-  
sandt hat.

Mit dem Beitritt Persiens zum Welt post-  
vereine haben sich die Postverwaltungen von  
Deutschland, Russland, Großbritannien, Frankreich,  
Italien, der Türkei bereits einverstanden erklärt.  
Die königl. dänische Regierung hat den Beitritt  
Grönlands und ihrer Antillenkolonien St. Thomas,  
St. Jean und St. Croix nachgesucht.

Posen, 18. April. Kanteki ist in Folge  
telegraphischer Mittheilung der k. Oberpostdirektion  
in Bromberg von dem k. Kreisgericht hier selbst  
aus der Haft bereits entlassen.

Kassel, 17. April. Es wird für wahrscheinlich  
gehalten, daß nach der nunmehr erfolgten Ab-  
reise beider krohnprinzipialen Söhne von Kassel ein  
anderes Mitglied der kaiserlichen Familie seinen  
Wohnsitz hierher verlege. An Schlössern und sonstigem  
Zubehör zu einer fürstlichen Residenz fehlt es  
bekanntlich nicht. Man sieht hieraus, daß die  
Kasseler unermüdlich sind, auf Erzäh für den  
ehemaligen Glanz des kurhessischen Hofes zu  
denken.

#### Italien.

Rom, 18. April. Die Nachricht von einer  
angeblich von einigen Kabinettsmitgliedern ge-  
wünschten Auflösung der Kammer wird als  
unbegründet bezeichnet; in dem heutigen  
Ministerrat hat die vollständige Uebereinstimmung  
aller Mitglieder des Kabinetts über die schwebenden  
Fragen Ausdruck gefunden. (W. T.)

#### Rußland.

Warschau, 17. April. Die durch den dro-  
henden Krieg hervorgerufenen Handels- und indus-  
trielle Krisen nimmt in Russland, wie im König-  
reich Polen wahrhaft erschreckende Dimensionen  
an. In der Stadt Moskau allein sind, nach  
Angabe der „Mosk. Wied.“, gegenwärtig über  
40 000 Arbeiter brodlos. Die größeren Fa-  
briken sind dort sämmtlich geschlossen und die Con-  
currenz mehren sich mit jedem Tage. In den Ban-  
ken herrscht fast völlige Unthätigkeit und nur die  
ungehörliche Zahl von Wechselprotesten ruft einen  
gewissen Verkehr hervor. Auch in den Fabrik-  
Districten des Königreichs Polen ist fast die Hälfte  
der Arbeiter beschäftigungslos und dem Mangel  
preisgegeben. Der Hungertypus gewinnt da-  
her dort immer größere Verbreitung. (Ostseezt.)

Odessa, 14. April. Die hiesige Eisenbahn-  
verwaltung ist angewiesen worden, das für einen  
kaiserlichen Extrazug nach Kischineff notwen-  
dige Fahrpersonal und Maschinen in Bereitschaft  
zu halten. Auch hat die Kischineff-Gemeindevertretung  
bereits eine Person hierher geschickt, um eine silberne Schlüssel zu kaufen, auf welcher den  
Kaisern nach alter russischer Sitte beim Betreten  
einer Stadt Brod und Salz gereicht wird. — Am  
13. d. fand in Bukarest eine Zusammenkunft von  
Vertretern der rumänischen und südrussischen  
Bahnen statt, um über die Herstellung eines  
directen Verkehrs auf diesen Bahnen zu berathen. —  
Die im hiesigen Hafen liegenden Schiffe, welche  
bereits Frachten erhalten haben, beschleunigen aus-  
furcht vor dem Ausbruch des Krieges so viel wie-  
möglich das Laden. Schiffe, welche noch ohne  
Fracht sind, verlassen teilweise den Hafen ohne  
Ladung. — Es herrscht hier allgemein der Glaube,  
daß die russischen Truppen in den nächsten Tagen  
die Grenze überschreiten werden. Dieelben  
sind in letzter Zeit vielfach näher gegen die Grenze  
in einer für die heimische Industrie empfund-  
lichen Weise geltend gemacht. Von diesem Gesichtspunkte  
aus ist die Erhebung einer Ausgleichsabgabe  
für einen Theil der in Pos. 6 b. des Zolltarifs  
genannten Gegenstände, ferner für Locomoti-  
ven, Tender und Dampfkessel, für Maschinen,  
insofern sie dem Gewichte nach überwiegend be-  
stehen aus Gußeisen, Schmiedeeisen oder Stahl  
und für Eisenbahn-Fahrzeuge weder mit Ledern  
noch mit Polsterarbeit nicht in Aussicht genommen  
Die Einfuhr der oben bezeichneten Gegenstände mit  
acquits-a-caution aus Frankreich ist von verhältnis-  
mäßig geringer Bedeutung. Für die Höhe der  
Ausgleichsabgabe mußte der durchschnittliche  
Betrag der in Frankreich bei der Ausfuhr  
von Eisenwaren und Fabrikaten aus  
Buddingsrohreien mittels der titres d'acquits-  
a-caution gewährten Ausfuhr-Prämien be-  
stimmt sein. Der französische Eingangsoll für  
Gießerei-Roheisen und Buddingsrohreien beträgt  
von der Tonne 20 Frs., vom Zollcentner also  
80 Pf. — Zu § 3. Es würde zu einer unstatthaften  
Anomalie führen, wenn die Locomotiven, Maschinen  
und Eisenbahn-Fahrzeuge von der Ausgleichs-  
abgabe frei blieben, die zu deren Herstellung vom  
Auslande zu beziehenden Materialien und Maschinen-  
theile dagegen mit der Abgabe belegt werden

\* Odessa, 17. April. Der hiesige Handels-  
stand wurde behördlich aufgefordert, die im Hafenzollamt  
lagerten Waren zu beziehen, weil dasselbe  
heute auf die Terespoler Stadtseite verlegt werden  
soll. In Folge dieser Rundmachung ist der Curs auf  
London von 830 auf 890 emporgeschossen. Die  
auf kurze Dauer beurlaubten Offiziere wurden auf-  
gefordert, mit dem ersten Zuge nach Kischineff ein-  
zutreten, von wo die Armee demnächst ausmarschi-  
ren soll. Im Rayon Odessa wurde der Landsturm  
organisiert. In Odessa herrscht große  
Panik, es rüsten sich viele Familien zur Abreise.

\* Odessa, 17. April. Der hiesige Handels-  
stand wurde behördlich aufgefordert, die im Hafenzollamt  
lagerten Waren zu beziehen, weil dasselbe  
heute auf die Terespoler Stadtseite verlegt werden  
soll. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegen-  
stände: Die öffentliche Gesundheitspflege seit der  
letzten Jahres-Sitzung der Vereins-Bericht von Dr. Börner;  
der Einfluss der heutigen Unterrichtsgrund-  
sätze in den Schulen auf die Gesundheit des  
berauwachsenden Geschlechts; über Ernährung und  
Nahrungsmittel der Kinder; über Bier und seine  
Verfälschungen; über die praktische Durchführung  
der Fabrik-Hygiene.

Konstantinopel, 18. April. Die öster-  
reichischen Consuln haben an den Orten, wo  
deutsche Consuln nicht bestehen, die Vertretung  
der russischen Interessen übernommen. Der deutsche

Consul in Serajewo übernahm schon gestern das  
russische Consulat. Nelidoff wartet Instructionen  
mit der Donnerstagspost ab; seine Effecten sind  
bereits an Bord gebracht.

Konstantinopel, 18. April. Die Frage  
wegen des Schutzes der russischen Unterthanen  
ist noch nicht endgültig geregelt, da die Pforte, wi-  
bereits gemeldet, beabsichtigen soll, dieselben im  
Falle des Ausbruchs des Krieges auszuweisen.  
Dem russischen Geschäftsträger ist telegraphisch  
mitgetheilt worden, daß ihm weitere Instructionen  
per Post zugehen würden. Da die zwischen Konstan-  
tinopel und Odessa fahrenden Postpaceteboote den  
Dienst eingestellt haben, so ist der russische Post-  
dampfer „Argonaut“ nach Odessa abgegangen; der-  
selbe wird wahrscheinlich am nächsten Montag  
Instruction wegen Abbruchs der diplomatischen  
Beziehungen Russlands zur Pforte überbringen,  
sowie auch die Copie des russischen

\* Am städtischen Seminar fand am 18., 19. und 20. April die mündliche Lehrerinnen-Prüfung statt, nachdem am 16. und 17. cr. die schriftlichen Arbeiten angefertigt waren. Zu diesem Examen hatten sich außer 12 hiesigen Seminaristinnen 4 auswärtige, befußt Erlangung eines Zeugnisses für höhere Töchterschulen, 1 für Volksschulen gemeldet; 3 Damen unterzogen sich einer Nachprüfung im Französischen und Englischen. Sämtliche Graminändern bestanden die Prüfung und zwar erhielten 14 das Zeugnis für höhere Töchterschulen, 6 für Volksschulen. — Die Königl. Prüfungskommission wurde gebildet durch die Herren Regierungs- und Schulräthe Siegert und Wanjura, Stadtschulrat Dr. Cosack, Oberlehrer Jindz, Gymnasiallehrer Dr. Heyne, Seminarlehrer Lettau.

\* [Verkehrsvorhersage auf den Eisenbahnen in Russland.] Der Güterverkehr nach Stationen der Landwarow-Romny-Eisenbahn über Bobruisk hinan wird nach Mitteilung der Direction dieser Bahn voransichtlich am 22. April wieder eröffnet werden.

\* In nächster Zeit wird hier der bekannte Geigenvirtuose hr. Emil Sauert, der kürzlich in Königsberg mit ausgezeichnetem Erfolge aufgetreten ist, in Gemeinschaft mit dem Claviervirtuosen hrn. Max Binder, einem talentvollen Schüler Franz Liszt's, ein Concert geben.

[Berichtigung.] In dem Referat über die Verhandlung vor dem hiesigen Criminalgericht in der heutigen Morgen-Ausgabe ist ein kleiner Schreibfehler darin zu berichtigten, daß es heißen soll, wie aus dem ganzen Inhalt des Referats hervorgeht: hr. v. Frankius habe sich nach contradictorischer Verhandlung und Abschätzung durch Sachverständige zu einer Ermäßigung der beanspruchten Branschaden-Bergütung auf 13 921 Mark (statt von 13 921 Mark) bereit erklärt.

\*\* [Polizeibericht.] Verhaftet: der Tapezierer T. wegen Unterschlupfung; die Witwe L. wegen Diebstahls; der Arbeiter L. wegen großen Unfalls; 21 Obdachlose, 4 Dirnen, 1 Ruhesöhrer. — Gestohlen: dem Restaurantier H. 2 Billardbälle durch den Drechslermeister R.; dem Arbeiter S. eine silberne Cylinderbüchse mit der Nr. 59084; der unverehelichte M. ein Sparfassenbuch über 150 M. — Die unvereheliche B. hat die Bestrafung des Arbeiters B. wegen Misshandlung beantragt. — Am 18. Abends gingen die Pferde der Fuhrmanns-Witwe S. von der Schmiede in der Reiterstraße durch, wurden aber vom Schuhmann L. in der Ecke der Weidengasse angehalten, ehe sie Schaden hätten tun können.

\* In Berlin sind dieser Tage zwei Schwandler verhaftet worden, die ohne Mittel ein Geschäft etabliert hatten und am Freitag nach Amerika abzugehen gedachten. Sie legten das Geständniß ab, daß sie in etwa zwei bis drei Monaten gegen 80 000 M. gefälschte Wechsel auf Geschäftsfirmen in Ost- und Westpreußen untergebracht hätten.

\* Königsberg, 19. April. Ein aus mehreren ostpreußischen Mitgliedern des Provinzial-Landtages, ausgebildeten Vertretern der Landwirtschaft und des Handels bestehendes Comité veröffentlicht in der "R. S." einen Aufruf an die Bewohner von Stadt und Land, in welchem zu einer kräftigen Kundgebung gegen die Wiedereinführung der Eisenbahnverhältnisse in hohem Grade schädigende Steuer geahnt, um die erneute Auflegung dieser Abgabe rubig zu nehmen. — Gestern Vormittags starb hier an einem Herzleiden der Professor der juristischen Fakultät, Dr. George Phillips im Alter von 36 Jahren. Der Verstorbene war ein Sohn des Oberbürgermeisters a. D. Phillips in Elbing, der ihm bekanntlich vor weniger Wochen in Löde vorausging. Die hinterbliebenen Frau und Herrn Dr. ist durch diesen neuen schmerlichen Verlust auf Empfindungen getroffen worden. — Der bissige Thiersch-Bund will, wie die "R. S." mitteilt, in seiner nächsten Sitzung über den Storch-Gerichtshof, um seine Mühslichkeit oder Schädlichkeit festzustellen. Es wird von diesem populären Mitgliede der gesiederten Gesellschaft von vielen Seiten behauptet, daß er nicht nur Frösche und Schlangen, sondern mit ganz besonderer Vorliebe auch ganz junge Hasen, Rebhühner u. dergl. tötet. In diesem Falle wäre er also einem Raubvogel gleichzuzählen und energisch zu bekämpfen. — Nach derselben Zeitung ist für das Fahrpersonal und diejenigen Beamten der Ostbahn, welche zur Pensionsklasse beitragen, hier und auf den übrigen großen Stationen der Bahnstrecke in der Wasserstation eine Badeanstalt für kalte, warme, russische und Dampfbäder eingerichtet, welche von dem Fahrpersonal ganz kostenfrei und von den anderen Beamten gegen eine kleine Entschädigung beliebig benutzt werden darf.

△ Osterode, 18. April. Die am 9. d. M. eröffnete höhere Bürgerschule zählt bereits in der Tertia 10, Quarta 23, Quinta 41, Sexta 34, in den beiden Hochschulklassen 70 Schüler. — Der hiesige Magistrat hat auf Anfrage der R. Regierung beschlossen, der Einrichtung einer polytechnischen Schule näher zutreten. Er hat zunächst Verhandlungen mit den betreffenden Staatsbehörden befußt Feststellung des event. seitens der Staatskasse zu leistenden Zuschusses zu den Unterhaltskosten dieser Ansicht angeknüpft. Auch die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Schule hat unsere Stadtbürokratie nicht von der Hand weisen zu dürfen geglaubt, und es sind auch in dieser Beziehung Verhandlungen im Gange.

Soldau, 17. April. In der am 14. d. M. hier selbst abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten ist die Abblendung einer Petition an den Justizminister beschlossen worden, worin die genannten Corporationen das Project, in Osterode ein Landgericht für die Kreise Osterode, Löbau, Neidenburg, Orlensburg und Allenstein und 2 Strafkammern in den Städten Orlensburg und Soldau einzurichten, mit Freude begrüßt und im Namen der Stadt Soldau den Minister bitten, dieses Project seiner Zeit ins Leben treten zu lassen, weil dasselbe den Interessen der beteiligten Kreise durchaus entsprechen dürfte. Gegen die etwaige Absehung, Allenstein zum Sitz des Landesgerichtes zu machen, führt die Petition aus, daß die Bewohner von Soldau und eines großen Theiles des Neidenburger Kreises Entfernung von 11 bis 12 Meilen Landweg bis dorthin zurückzulegen hätten, indem Allenstein nur für einen kleinen Theil und auch für diesen nur auf sehr bedeutenden Umwegen mit der Bahn zu erreichen sei. — Befußt Forcierung des Brückenbaus und Förderung der noch unerfüllten Eisenbahnstrecke ist der Güterverkehr zwischen Soldau und Montowitz seit 8 Tagen eingestellt. Man hofft, daß die Güterzüge vom 1. Mai c. ab wieder wie bisher courirten werden. (R. S.)

Gumbinnen, 19. April. Ein für unsere Provinz erfreuliches Zeichen der forschirenden Pferdezucht ist der in diesen Tagen erfolgte Ankauf von 65 jungen Hengsten für die preußischen Landgestüte durch den Oberlandstallmeister Herrn v. Lüderitz. Die Höhe des Aufkaufspreises beläuft sich auf ca. 150.000 Mark. (Br. lit. 3)

Tilsit, 19. April. Wie das hiesige "Wochenbl." berichtet, hat das Hofeis 2 Wohnhäuser und fünf Stallgebäude im Dorfe Inse fortgerissen. Bei einem stärkeren Sturm hätte leicht das ganze Dorf zerstört werden können.

\* Dem Bedell Fuhrmann am Gymnasium zu Bromberg ist in Veranlassung seines 50jährigen

Dienstjubiläums das Allgem. Ehrenzeichen verliehen worden.

— In Roggow bei Göslin erschlug vor einigen Tagen der Einwohner Post seine Frau mit einem Hammer. Die Frau war bereits fast ganz erblindet und soll den Zorn ihres Mannes dadurch erregt haben, daß sie die Schnapsflasche, welcher der Mann häufig zusprach, bei Seite zu schaffen suchte. P. ist verhaftet.

## 8 Aus den Verhandlungen des Provinzial-Ausschusses.

Sitzung vom 18. April.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Selke, eröffnet die Sitzung. Anstatt des erkrankten Herrn Oberbürgermeister Thomale-Elbing ist Herr Bürgermeister Meiser-Gumbinnen anwesend. Der Landesdirector hat seine geschäftlichen Mitteilungen schriftlich vorgelegt. Wir entnehmen denselben Folgendes: 1. Die Unternehmer Maywald und Büchmann haben die durch den Beschluß des Provinzial-Ausschusses vom 13. Dezember 1876 für die Anlegung einer Pferde-Eisenbahn im Chausseeplanum vom Steindammer Thor nach Louisenwahl ihnen auferlegten Bedingungen angenommen. 2. Der Director der Hebammen-Lehr-Anstalt zu Danzig, Geb. Sanitätsrath Dr. Abegg, hat Abschrift eines an die Königliche Regierung erstatteten Berichts übersandt, in welchem er sich anlässlich des von den Ministern des Innern und der geistlichen u. Angelegenheiten bei Bestätigung des Reglements für die Hebammen-Lehr-Institute gemachten Vorbehalts über eine Verlängerung des Lehrcursus äußert. Hr. Dr. Abegg spricht sich gegen eine Verlängerung des 5 monatlichen Cursus aus, wenn wie bisher in jedem Jahre ein doppelter Lehr-Cursus beibehalten werden sollte, weil: a) nach den gemachten Erfahrungen eine Lehrzeit von 5 Monaten ausreicht und die Hinzufügung eines weiteren Monats weder für die theoretische noch für die praktische Ausbildung der Böglings von erheblichem Vortheil sei, b) da gegen bei 6 monatiger Dauer die beiden Lehrcurse unmittelbar einander folgen, und damit nicht nur jede Erholungszeit für die Lehrer fortfallen, sondern auch die Notwendigkeit eintreten würde, nothwendige Bauarbeiten während der Lehrzeit vorzunehmen und zu diesem Zweck den Unterricht zeitweilig auszuhalten zu lassen. 3. Am 6. März d. J. hat der Landesdirector eine außerordentliche Revision der Käse der Landarmenanstalt zu Tapiau vorgenommen, welche zu Bemerkungen keinen Anlaß gegeben hat.

4. Der Neubau der gemäß § 4 Abs. 2 des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 auf Kosten des Provinzial-Verbandes herzustellenden Chausseen gegen die Wiedereinführung der Eisenbahn völle aufgefordert wird. Zur Besprechung hierbei soll am 23. April im großen Saale der neuen Börse eine allgemeine Volks-Verammlung für Stadt und Land abgehalten werden. In dem Aufrufe heißt es u. A.: "Lang genug hat unsere Provinz diese unwirtschaftliche, die gelebliche Entwicklung unserer Erwerbsverhältnisse in hohem Grade schädigende Steuer gezahlt, um die erneute Auflegung dieser Abgabe rubig zu nehmen." — Gestern Vormittags starb hier an einem Herzleiden der Professor der juristischen Fakultät, Dr. George Phillips im Alter von 36 Jahren. Der Verstorbene war ein Sohn des Oberbürgermeisters a. D. Phillips in Elbing, der ihm bekanntlich vor weniger Wochen in Löde vorausging. Die hinterbliebenen Frau und Herrn Dr. ist durch diesen neuen schmerlichen Verlust auf Empfindungen getroffen worden.

— Der bissige Thiersch-Bund will, wie die "R. S." mitteilt, in seiner nächsten Sitzung über den Storch-Gerichtshof, um seine Mühslichkeit oder Schädlichkeit festzustellen. Es wird von diesem populären Mitgliede der gesiederten Gesellschaft von vielen Seiten behauptet, daß er nicht nur Frösche und Schlangen, sondern mit ganz besonderer Vorliebe auch ganz junge Hasen, Rebhühner u. dergl. tötet. In diesem Falle wäre er also einem Raubvogel gleichzuzählen und energisch zu bekämpfen. — Nach derselben Zeitung ist für das Fahrpersonal und diejenigen Beamten der Ostbahn, welche zur Pensionsklasse beitragen, hier und auf den übrigen großen Stationen der Bahnstrecke in der Wasserstation eine Badeanstalt für kalte, warme, russische und Dampfbäder eingerichtet, welche von dem Fahrpersonal ganz kostenfrei und von den anderen Beamten gegen eine kleine Entschädigung beliebig benutzt werden darf.

△ Osterode, 18. April. Die am 9. d. M. eröffnete höhere Bürgerschule zählt bereits in der Tertia 10, Quarta 23, Quinta 41, Sexta 34, in den beiden Hochschulklassen 70 Schüler. — Der hiesige Magistrat hat auf Anfrage der R. Regierung beschlossen, der Einrichtung einer polytechnischen Schule näher zutreten. Er hat zunächst Verhandlungen mit den betreffenden Staatsbehörden befußt Feststellung des event. seitens der Staatskasse zu leistenden Zuschusses zu den Unterhaltskosten dieser Ansicht angeknüpft. Auch die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Schule hat unsere Stadtbürokratie nicht von der Hand weisen zu dürfen geglaubt, und es sind auch in dieser Beziehung Verhandlungen im Gange.

Soldau, 17. April. In der am 14. d. M. hier selbst abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten ist die Abblendung einer Petition an den Justizminister beschlossen worden, worin die genannten Corporationen das Project, in Osterode ein Landgericht für die Kreise Osterode, Löbau, Neidenburg, Orlensburg und Allenstein und 2 Strafkammern in den Städten Orlensburg und Soldau einzurichten, mit Freude begrüßt und im Namen der Stadt Soldau den Minister bitten, dieses Project seiner Zeit ins Leben treten zu lassen, weil dasselbe den Interessen der beteiligten Kreise durchaus entsprechen dürfte. Gegen die etwaige Absehung, Allenstein zum Sitz des Landesgerichtes zu machen, führt die Petition aus, daß die Bewohner von Soldau und eines großen Theiles des Neidenburger Kreises Entfernung von 11 bis 12 Meilen Landweg bis dorthin zurückzulegen hätten, indem Allenstein nur für einen kleinen Theil und auch für diesen nur auf sehr bedeutenden Umwegen mit der Bahn zu erreichen sei. — Befußt Forcierung des Brückenbaus und Förderung der noch unerfüllten Eisenbahnstrecke ist der Güterverkehr zwischen Soldau und Montowitz seit 8 Tagen eingestellt. Man hofft, daß die Güterzüge vom 1. Mai c. ab wieder wie bisher courirten werden. (R. S.)

Gumbinnen, 19. April. Ein für unsere Provinz erfreuliches Zeichen der forschirenden Pferdezucht ist der in diesen Tagen erfolgte Ankauf von 65 jungen Hengsten für die preußischen Landgestüte durch den Oberlandstallmeister Herrn v. Lüderitz. Die Höhe des Aufkaufspreises beläuft sich auf ca. 150.000 Mark. (Br. lit. 3)

Tilsit, 19. April. Wie das hiesige "Wochenbl." berichtet, hat das Hofeis 2 Wohnhäuser und fünf Stallgebäude im Dorfe Inse fortgerissen. Bei einem stärkeren Sturm hätte leicht das ganze Dorf zerstört werden können.

\* Dem Bedell Fuhrmann am Gymnasium zu Bromberg ist in Veranlassung seines 50jährigen

noch im Bau begriffen sind, und daß zu ihrer vollständigen Fertigstellung ein geringerer Betrag erforderlich ist, als  $\frac{1}{4}$  der zu zahlenden Prämie, ist dem Kreise Königsberg auf sein wiederholtes Ansuchen auf die bewilligte Prämie eine Abschlagszahlung von 30 000 M. bewilligt und angewiesen worden. 12. Durch Beschluß des Provinzial-Ausschusses vom 13. Dezember 1876 ist dem Landkreise Danzig für die Kreishaußen Golmku-Hohenstein, Stüblau-Hohenstein und Danzig-Greb in eine Neubauprämie zum Betrage von  $\frac{1}{3}$  der aufgewendeten Baukosten bewilligt. Der Kreis-Ausschuß hat angezeigt, daß in den Jahren 1877/78 nur die erste dieser drei Linien zur Gesamtlänge von circa 12 Kilometer ausgebaut werden wird. (Schluß folgt.)

## Briefmarken der Redaktion.

M. = „ergötzlich“.

## Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

19. April.

Geburten: Arb. Johann Otto Kirchle, S. — Arb. Aug. Julius Rogatschewski, S. — 1 unehel. T.

Aufgebot: Arb. Aug. Peter Engler mit Florentine Elisabeth Klasse. — Arb. Otto Ferdinand Schröter mit Brie. Wilh. Abelgunde Lewin, geb. Gramsdorf. — Töchter Adolph Carl Esch al. Jaworski mit Auguste Julie Guth.

Heiraten: Gärtner Johann Rudolf Straub mit Emilie Charlotte Reinke. — Conditor Friedr. Eduard Walter Kleemann mit Emilie Amalie Köhler, geb. Peters. — Käfierl. Post-Inspector Bruno Tritsch mit Franziska Matilde Emilie Holtz. — Seemann Johann Friedr. Albert Theodor Bartel mit Rosette Johanna Auguste Ruth.

Todesfälle: Fleischermeister Heinrich Jahr, 38 J. — Schuhmacher Friedrich Liebke, 30 J. — Maurer Adolf Ludwig. — Arbeiter Gottlieb Ferdinand Bahlke, 53 J. — Arbeiter Martin Ferdinand Klatt, 45 J. — Arbeiter Friedrich Weiß, 20 J. — 1 unehel. S.

## Hörzen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluss des

Plattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 19. April. [Productenmarkt]

Weizen loco fest, auf Termine fest. — Roggen loco fest, auf Termine fest. — Weizen  $\frac{1}{2}$  April 1268 241 Br., 240 Gb.,  $\frac{1}{2}$  Juli-August 1268 1000 Kilo 243½ Br., 242½ Gb. — Roggen  $\frac{1}{2}$  April 170 Br., 169 Gb.,  $\frac{1}{2}$  Juli-August 1000 Kilo 173 Br., 172 Gb. — Hafer fest. — Gerste rubig. — Rübbel matt, loco 68½,  $\frac{1}{2}$  Mai 206½ 67½. — Spiritus rubig,  $\frac{1}{2}$  Mai 100 Liter 100 M. — April 40,  $\frac{1}{2}$  Mai-Juni 40,  $\frac{1}{2}$  Juli-August 42,  $\frac{1}{2}$  August-September 43. — Kaffee fest, aber rubig, Umfang loco 14 000 Br., 13 75 Gb.,  $\frac{1}{2}$  August-Dezember 14 25 Br. — Wetter: Windig, schön.

Franfurt a. M., 19. April. Effecten-Societät. Creditactien 108½, Franzosen 171½, 1860er Lose 92½, Lombarden —, Silberrente 50½, Papierrente 46½, Goldrente 56, Galizien 156. Ziemiß fest.

Wien, 19. April. (Schlußkurze.) Papierrente 59,30, Silber. 64,00, 1854er Lose 101,50, Nationalb. 770,00, Nordbahn 1750, Creditactien 137,40, Franzosen 217,00, Galizien 198,25, Kauf-Österberger 76,75, Parbörse —, Nordwestbahn 105,75, do. Lit. B. — London 129,50, Hamburg 63,20, Paris 51,50, Frankfurt 63,20, Amsterdam 107,25, Creditactie 151,50, 1860er Lose 107,20, Bomb. Eisenbahn 73,00 1864er Lose 122,80, Unionbank 42,00, Anglo-Austria 63,75, Maynz 10,33½, Dutaten —, Silbercoupons 115,00, Eisenbahn 122,50, Ungarische Brückenv. 69,30, Deutsche Reichsbanknoten 63,47½, Türkische Lose 14,25 Goldrente 70,90.

Hamburg, 19. April. Wasserstand: 9 Fuß 6 Zoll. Wind: N. Wetter: freundlich, Nachm. trüb.

Stromauf: Von Danzig nach Warschau: Wosikowski, Danben u. Id., Hatz, Soda, Salmat.

Stromab: Strelau, Lewinski, Bloclawel, Donsig, 1 Kahn, 2244 Et. Weizen.

Beder, Lewinski, Bloclawel, Danzig, 1 Kahn, 2346 Et. Roggen.

Kleif, Rogozinski, Wybzogrod, Danzig, 1 Kahn, 2186 Et. Weizen.

Gaudau, Rogozinski, Wybzogrod, Danzig, 1 Kahn, 2617 Et. Weizen.

Greifer, Rogozinski, Wybzogrod, Danzig, 1 Kahn, 2430 Et. Weizen.

Wierzbida, Rogozinski, Wybzogrod, Danzig, 1 Kahn, 2843 Et. 40 Et. Weizen.

Gustavus, Lewinski, Wybzogrod, Danzig, 1 Kahn, 2655 Et. Weizen.

Zeit, Lewinski, Wybzogrod, Danzig, 1 Kahn, 2255 Et. Weizen.

Moult, Lewinski, Bloclawel, Danzig, 1 Kahn, 1877 Et. 5 Et. Melasse.

Orlowksi, Lewinski, Bloclawel, Danzig, 1 Kahn, 1870 Et. 64 Et. Melasse.

Jezuji, Schröder u. Co., Bloclawel, Danzig, 1 Kahn, 2678 Et. 47 Et. Melasse.

Grajewski, Nordb. Wybzogrod, Danzig, 1 Kahn, 1653 Et. 72 Et. Weizen.

Kleibach, Rogozinski, Janki, Danzig, 1 Kahn, 1822 Et. Weizen, 830 Et. 91 Et. Erbsen.</

Heute Nachmittag 2½ Uhr verschied nach langer schwerer Krankheit Frau Emilie Groß geb. März, welches in tiefster Be- trübnis melden

die Hinterbliebenen.

Danzig, den 19. April 1877.

Die Beerdigung findet am Montag, den 23. April, Vormittags 9 Uhr, vom Leichenhaus des Heil. Leichnam-Kirchhofes dafelbst statt.  
(4803)

Gestern Nachmittag 5 Uhr wurde uns unser lieber freundlicher Sohn Gerhard im Alter von 4 Jahren und 1 Monat durch den Tod entrissen, welches wir Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung tief betrübt anzeigen.

Danzig, den 20. April 1877.

4781) H. Hoogstraat und Frau. Heute entschlief unter Söhnen Erich, ein Jahr alt.

Königsberg, 19. April 1877.

4776) Lohaus und Frau.

### Befanntmachung.

Der Kaufmann Rudolph Magendanz von hier und Fräulein Martha Bielang, letztere im Besitze ihres Vaters, des Bauunternehmers Johann Bielang, zu Danzig, haben für die Dauer der mit einander einzuhängenden Tage die Gemeinkraft der Güter und des Erwerbes mit der Bestimmung, daß dem von der künftigen Chefran in die Che eingehenden Vermögen die Natur des "Vorbehaltens" beigelegt werden soll, laut gerichtlicher Verhandlung vom 14. März 1877 ausgeschlossen.

Mewe, den 3. April 1877.

Egl. Kreis-Gerichts-Commission. II. Bohnstedt.

Im Herbst d. J. erscheint die Volksausgabe

von Fritz Reuter's Werken.

Bestellungen nimmt in Dauzig an L. Saunier's Buchhandlung.

4753) A. Scheiner.

### Violinsaiten

(acht römische) empfiehlt Hermann Lau, Musikalienhandlung, Langgasse 74. (4779)

Das Schiff "Maria", Capt. Wiese, gechartert von Mohr & Kier in Copenhagen für eine Getreideladung von hier nach Danzig, ist ladefertig. Dieses dem unbekannten Ablader nach Nachricht.

F. G. Reinholt. (4780)

Schmerzlose Zahnoprationen, Atelier für künstliche Zähne, Plom- wiken mit Gold, Silber etc. G. Wilhelmi, Marienwerder.

### Grundstückverkauf,

Höhe.

Eine Besitzung von 65 Morg. culmisch, Boden 1. Klasse, alles in einem Plan gelegen, gute Wohn- u. Wirtschaftsgebäude, Inventarium 10 Pferde, 8 Kühe etc., Drehs- u. Häckselmaschinen etc., Ausaat 23 Schtl. Weizen, 7 Schtl. Roggen, 33 Schtl. Gerste, 9 Schtl. Ersien, 24 Schtl. Hafer, 10 Schtl. Gemenge etc., Hypothek fest, soll für 16.500 R., bei 6-8000 R. Anzahlung verkauf werden. Alles Nähere bei

F. A. Desehner, Danzig, Gold-, welsbst Güter jeder Größe in Ost- und Westrennen, Pommen und Polen stets zum billigen Aufzug nachgewiesen werden.

Ein Haus in Dänemark wünscht mit einer leistungsfähigen Fabrik, welche

Harmonitas fabriciren läßt, in Verbindung zu treten.

Offerter sub H. O. 1054 b. befördert

die Annoucen-Expedition von Haasenstein & Vogler in Lübeck. (4792)



Eine hohelegante, kräftige hochtragende

### Rappstufe,

5 Fuß 5-6 Zoll groß, 6 Jahre alt, fehlerfrei, soll schleunigst preiswürdig verkauft oder veräußert werden.

Danzig, den 20. April 1877.

Joseph Fürstenberg, Vorstadt. Graben No. 53. (4778)

### Zur Saat

offerire Kleesamen in allen Farben, Luzerne, Thymotheum, Rhei-gräser und diverse andere Sämereien. W. Wirthschaft.

### Bilder

werden zu kaufen gesucht. Näheres bei 4807) Harsdorf, Kafferngasse No. 1. Wegen Übernahme der Bürger-Ressource ist das Restaurations-Local Spieringstraße No. 15 an einen tüchtigen Pächter von sofort zu vergeben.

Elbing, den 18. April 1877.

4802) F. W. Schlaak. Ein anständiges junges Mädchen, das mehrere Jahre seinen Bus gearbeitet hat, wünscht in der Branche eine Stelle als erste Arbeit bei freier Station. Auch nimmt dasselbe eine Stelle als Verkäuferin in einem feinen Bus u. Weizwaren-Geschäft von sofort.

Gefällige Offerter werden unter 4712 in der Exp. d. Btg. erb.

Hundegasse No. 80, 1 Treppe, ist ein Comtoir nebst Wohnzim- mer und Küche etc. sofort zu ver- miethen; ferner die dritte Etage.

Das Nähere dafelbst im Laden od. Comtoir. (4734)

Ich erlaube mir ergebenst anzugeben, daß jetzt der größte Theil der von mir in Paris gewählten eingetroffen ist.

# Nouveautés

## W. JANTZEN.

A. W. Müller,

Danzig,

11. Winterplatz 11.

Gabriel

für Centralheizungs-, Ventila- tions-, Gas-, Wasser- leitungs- und Canalisa- tions-Anlagen.

Warmwasserheizungen. Heizwasserheizungen. Dampfheizungen. Luft-Wasserheizungen. Luftheizungen.

Veste Referenzen. — Kostenanschläge gratis.



(3775)

### Die Dampffärberei, Druckerei und chemische Wasch-Anstalt von Wilhelm Falk,

in Danzig, Breitgasse 14, und Commanditen, empfiehlt sich zum Auffärben von seidenen Roben in leichtesten und schwersten Stoffen in den hellsten sowie den dunkelsten Farben.

Moire antique, Moire française wird auf den sich dazu eignen- den Stoffen nach Wunsch hergestellt.

Wollene und halbwollene Stoffe, Damast-Gardinen, Portieren, Möbelzunge werden in den gangbarsten Farben aufgefärbt und bekommen durch gute Appretur ihr früheres Ansehen, seidene, wollene, halbwollene und latrone Kleider werden in allen Farben bedruckt. Neue Muster liegen zur gefälligen Ansicht. Schnelle Zurücklieferung sowie billige Preise werden zugesichert.

(4561)

### Bergschlößchen-Bierbrauerei Braunsberg

empfiehlt Lagerbier in 1/4, 1/2, 2/4 und 1/8 Do. (altes Maß).

Niederlage bei Herrn Robert Krüger, Hundegasse 34. (4497)

### Muz-, Bauholz und Utensiliens-Auction

Lastadie No. 35, genannt Mastensfeld.

Dienstag, den 24. April 1877, Vormittags 9 Uhr, werde ich am angeführten Orte wegen Aufgabe des dafelbst in Folge Besitz-Veränderung aufgegebenen Holzgeschäfts sämtliche noch vorhandenen Holzbestände an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verkaufen, als:

755 Stück sichtene gebrachte, gesunde schiffbare Balken (ca. 13000 Cubikfuß),

1 Partie Bauholz und Mauerlatten,

4 starke sichtene Mundhölzer (Spieren),

1700 Stück 9" runde sichtene Sleeper,

68 500 Cubikfuß, eichene 3-, 4-, 5-, 6- und 7" Planken, (circa

7000 Fuß 2" eichene trockene Wagenschottbretter,

2500 " 1½" do. do. do.,

4400 " 1" do. do. do.,

90 Stück eichene und sichtene Schiffsnägel,

1200 Fuß 1-, 1½- und 2" trockene ellerne Dielen,

200 " 3- und 4" rothbüchene trockene Bohlen,

3000 " 1" sichtene trockene Dielen,

5700 " 1½" do. do. do.,

1600 " 2- und 3" sichtene trockene Bohlen,

10 Stück 1 und 1½" sicht. do. Sleeperielen,

Ferner sämtliche Utensilien, bestehend aus:

2 Säk hohe Winden nebst Leinen, 4 Windestühlen mit Ketten, 2 Brettschneidekrähnen nebst Ketten, Schraagen, Böcken, Kuhfüßen, Klappzangen, Kanthaken, Kürzergägen, Brettschneidereien, 1 eisern. Ambos (10 Ctr.), 1 eisern. Schuh zum Schiffssablauf, 1 Waage nebst Gewichten, zwei Holzschniedenagel-Maschinen, 1 Schleifstein, 3 Daufrästen, 1 Arbeitswagen, 1 Arbeitsschlitten und verschiedenen Comptoir-Utensilien.

Sodann 10 Centner altes Tauwerk, 15 Centner altes Eisen, 3 Centner Yellowmetallbolzen, Klingerringe und Nägel, 1 Pinchingmaschine und andere zum Schiffbau verwendbare Sachen.

Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.

Bureau: Danzig, Hundegasse No. 111. (4553)

### Auction Reithahn No. 15.

Dienstag, den 1. Mai 1877, Nachmittags 3 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage der Erben des verstorbenen Rentiers Herrn J. S. Keiler

das an der Reithahn No. 15 der Servizzählung vor dem Langgasse'schen Thore No. 14, der Hypothekenbezeichnung gelegene Stallgebäude

in öffentlicher Auction an den Meistbietenden verkaufen und sind die Hypotheken und sonstigen Bedingungen in meinem Bureau, Hundegasse No. 111, einzusehen resp. zu erfahren, werden auch im Auction-Termin an Ort und Stelle bekannt gemacht werden.

Jeder Bieter hat eine Caution von Mark 1000 baar zu deponieren.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

Auctionator, Bureau: Hundegasse No. 111.

Zur Frühjahrsbestellung empfiehlt meine auf's Beste gearbeiteten Getreide-Breitsägemaschinen und Kleesägemaschinen, einfache und doppelte Ringelwalzen, ferner amerik. Pferderechen mit 24 Stahlbügeln und Treibersich, zum Hen-, Klee-, Getreide- und Lupinenharken, wie anerkannt gute Dreschmaschinen mit 2-, 3- und 4-spänn. Göpeln, und alle bei der Landwirtschaft vor kommende Maschinen und Geräthe.

Mewe, im April 1877.

Fr. W. Mews,  
Eisengießerei und Maschinenfabrik.

## W. JANTZEN.

A. W. Müller,

Danzig,

11. Winterplatz 11.

Gabriel

für Centralheizungs-, Ventila- tions-, Gas-, Wasser- leitungs- und Canalisa- tions-Anlagen.

Warmwasserheizungen. Heizwasserheizungen. Dampfheizungen. Luft-Wasserheizungen. Luftheizungen.

Veste Referenzen. — Kostenanschläge gratis.



(3775)

### Danziger Actien-Bierbrauerei.

Den respektiven Herren Actionären zur gefälligen Kenntnahme, daß der auf Abänderung des bestehenden Gesellschaftsstatus gestellte Antrag heute dem Aufsichtsrath unter Hinterlegung der nach § 25 erforderlichen 875 Stück

Actien überreicht worden ist.

Danzig, den 19. April 1877.

Dr. Simon. Robert Witt. Gustav Springer.

### Am Buß- und Bettage,

Mittwoch, den 25. d. M., veranstaltet das unterzeichnete Comité zum Besten der Überschwemmt, der Einwohner der oberen Weichsel, in der St. Marien-Kirche ein

### geistliches Concert,

dessen musikalische Leitung der Reg. Musikkirector Herr Markull und der Organist Herr Jankowitz gütig übernommen haben; unter gütiger Mitwirkung geschätzter Villettanten. Anfang des Concerts Abends 7½ Uhr.

### Programm.

1. Concert-Einleitung, Orgel, Herr Musikkirector Markull.
2. a. "Du Hirte Israels" von Vortuanski, | St. Marien à espella-Kirchenchor.
3. Lied von Beethoven, Sopran-Solo.
4. "Sei getreu bis in den Tod", aus "Paulus" von Mendelssohn-Bartholdy, Tenor-Solo.
5. Fuge (A-moll) von Händel, Orgel, Herr Musikkirector Markull.
6. "Hinunter ist der Sonnenchein" von Bulkins, 1609, Thor.
7. "Schlage doch, gewünschte Stunde" von J. S. Bach, Alt-Solo.
8. "Ohr mein Flehn" aus "Samson" von Händel, Bass-Solo.
9. Adagio von Volkmar, Violin-Solo.
10. Duett aus dem "Stabat mater" von Bergolesi.
11. a. Christe, in domum Gottes" aus dem 16. Jahrhundert.
- b. "Warum soll' ich mich denn grämen" von Hans Edding, 1666 | Thor.
12. Postludium, Orgel, Herr Musikkirector Markull.

### Billetta à 1 Mark,

sowie Programme mit Text, à 20 Pf., sind in der Buchhandlung der Herren Prowe & Beuth, Langgasse 19, bei dem Küster der Kirche, Herrn Baumann, Kortenmachergasse No. 4, und in der Conditorei des Herrn Grontenberg, Langgasse, zu haben.

Zum Gingang ist nur die Kirchenthür von der Kortenmachergasse geöffnet.

Um gütige Unterstützung und rege Beteiligung bitten

Ph. Albrecht. J. S. Berger. G. Berenz. H. Böhm. Th. Bischoff. Ph. Chales. R. Damme. L. Goldschmidt. J. Gibione. G. Miz. C. Mebach. R. Petzschow. J. Schönemann. D. Steffens. J. Schottler. R. Wendt. E.